Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

71 (12.2.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G.m.b.H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 71 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Dienstag, 12. Februar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Nach der Friedenserklärung Trotzkis.

Ein deutsches Ultimatum an Rumänien. — Scharfe Opposition der österreichischen Polen.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 11. Febr., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Ein deutsches Ultimatum an Rumänien.

)(Basel, 11. Febr. („Frankf. Ztg.") Nach einer Havasmeldung aus Jassy schickte Mackensen am 6. Februar im Namen der deutschen Regierung an die rumänische Regierung ein Ultimatum, in dem er dieser eine Frist von vier Tagen für den Eintritt in Friedensverhandlungen festsetzt. Der rumänische Ministerrat versammelte sich sogleich, und nach einer langen Beratung bot er dem König seine Demission an, die angenommen wurde.

* * *

)(Genf, 10. Febr. („Frankf. Ztg.") Der „Temps" bespricht in einem Leitartikel seiner Sonntagsnummer die Aufforderung des Marschalls Mackensen an Rumänien, endlich die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Die Auslassungen des offiziösen französischen Blattes sind bemerkenswerter Weise bereits am Samstag Mittag gedruckt worden, während die gesamte übrige französische Presse erst heute Nacht in Form einer aus der Schweiz gebrachten Meldung von dem Ultimatum Mackensens Kenntnis bringen durfte. Der französischen Regierung war also die Mitteilung selbst bereits von seiten der rumänischen Regierung gemacht worden. Sie verhinderte aber mindestens um einen halben Tag die Veröffentlichung, um der Presse durch den halbamtlichen Kommentar des „Temps" eine Anweisung für die Besprechung des Ereignisses zu geben. Vielleicht hat man auch von Paris aus auf diesem Wege auf London, Rom und Washington einwirken wollen. Der „Temps" findet es nicht überraschend, daß die Mittelmächte Rumänien zum Frieden zwingen möchten, weil die in jeder Beziehung stark ausgerüstete rumänische Armee den Abtransport der Getreidevorräte aus der Ukraine und besonders aus Odessa gefährdet. Aber gerade deshalb erblickt das Blatt im Ultimatum Mackensens eine leere Drohung, u. es hat den Mut, den Rumänen Widerstand zu empfehlen. Es versucht gleichzeitig, den Oesterreichern u. Ungarn begreiflich zu machen, daß ein neuer Feldzug gegen Rumänien sehr gefährlich sei und schließlich nur dazu führen werde die ausschweifenden Eroberungspläne der Bulgaren zu befriedigen. Gleichzeitig bemüht sich der Artikel aber auch, dem König von Rumänien klar zu machen, daß er von der österreichisch-ungarischen Regierung keinerlei Nachsicht zu erwarten habe angesichts des Verrats, den er im Jahre 1916 begangen habe. Der Artikel schließt mit den Sätzen: „Man verhandelt nicht mit einem unersättlichen Nachbar wie Bulgarien, man verständigt sich nicht mit unbarmherzigen Herren wie den Oesterreichern und Deutschen; das tapfere Rumänien, das ein Recht besitzt auf seine Freiheit und Einheit, darf nur eine einzige Politik befolgen, diejenige, die Orlando nach der feindlichen Offensive in Venetien definierte, als er ausrief: Widerstehen, widerstehen!" — Der „Temps" übersieht nur, daß die Entente bisher nicht im Stande war, auch nur eine einzige der den Rumänen gegebenen Versprechungen zu halten, und daß sie auch jetzt nicht im Stande sein wird, den Rumänen zu Hilfe zu kommen.

Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet im Monat Januar.

WTB. Berlin, 11. Febr. (Amtlich.) Im Monat Januar haben die Gegner 31 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet unternommen. Davon galten 17 dem lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet und 14 den offenen deutschen Städten Ludwigshafen, Freiburg (je drei Angriffe), Trier (zwei Angriffe), Friedrichshafen, Rastatt, Offenburg, Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg (je ein Angriff). Wenngleich die Zahl der Angriffe gegenüber dem Vormonat (13 Angriffe) infolge der günstigen Wetterlage bedeutend gestiegen ist, so waren doch für uns Schäden und Verluste glücklicherweise geringer als im Vormonat. Die Opfer der Angriffe waren insgesamt fünf Tote und neun Verletzte. Der Sachschaden war in allen Fällen unerheblich. Die wenigen Bomben, die auf die Werke unserer Rüstungsindustrie fielen, hatten keine nennenswerte Betriebsstörungen zur Folge. Der Gegner büßte bei diesen Angriffen vier Flugzeuge ein.

* * *

Wer hat zuerst offene Städte bombardiert?

WTB. Berlin, 11. Febr. Im Anschluß an den Vergeltungsangriff der deutschen Flieger auf Paris ist verschiedentlich wieder die Frage aufgeworfen worden, welche kriegführende Macht zuerst Fliegerangriffe gegen hinter der Front gelegene Städte unternommen hat. „Journal de Genève" vom 6. Februar versucht zu beweisen, daß die Deutschen diese Angriffsform eingeführt haben. Dieser haltlosen Behauptung gegenüber sei auf das unzweideutige englische Eingeständnis hingewiesen, das C. Grey in der Londoner Fachzeitschrift „Aeroplan" vom 10. Oktober 1917 machte, die ersten Fliegerbomben in diesem Kriege wurden von englischen Marinefliegern auf Düsseldorf, Köln und Friedrichshafen geworfen. Das beweist, daß damals die Engländer den Nutzen von Bombenabwürfen erkannten. Es kann einem übel werden, wenn jetzt fortwährend nach Vergeltungsmaßregeln geschrien wird. Die Engländer sind also die ersten gewesen, die unbewaffnete deutsche Städte mit Bomben beworfen haben. Bei dem letzten Angriff auf Paris war es nur notgedrungene Abwehr und Vergeltung, wenn die deutschen Flieger mit dem gleichen Mittel antworteten.

Festhalten!

Die Korrespondenz Deutsch-Uebersee schreibt:

Ein Kriegsziel scheint im ganzen deutschen Volk von Westarp bis Scheidemann rückhaltslose Zustimmung zu finden: die Rückgabe unserer sämtlichen Kolonien und der Ausbau der früheren zu einem neuen deutschen Kolonialreich! Steht das Ziel fest, so haben sich über die Wege, zu ihm zu gelangen, doch große und grundsätzliche Unterschiede in der Erörterung gezeigt. Dem Schlagwort „Mitteleuropa" wurde von manchen Kolonialpolitikern, zu denen auch z. B. Karl Peters gehört, die Forderung nach „Mittelafrika" zur Seite gestellt in dem Sinn, daß sie zwar grundsätzlich an der Rückgabe aller Kolonien festhalten, aber bereit waren, unsere Südseebesitzungen gegen Teile Afrikas in Austausch zu geben, um auf diese Weise in einem „geschlossenen" deutschen Afrika zwischen den Wendekreisen die Möglichkeit zu einer Konzentrierung der kolonialpolitischen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands auf eine Einheit zu erreichen.

Dieser Plan hat zweifellos viel Bestechendes, nicht zuletzt auch deshalb, weil, wie das Beispiel Ostafrikas und Kameruns bewiesen hat, geschlossene Kolonialgebiete im Krieg verhältnismäßig leicht mit geringerem Kräfteaufwand zu verteidigen sind. Es handelt sich aber doch schließlich nicht um die „Kriegsfrage" — wobei zu berücksichtigen ist, daß die Angelegenheit der Flottenstützpunkte in der Südsee unsere Marinesachverständigen noch stark beschäftigen wird —, sondern um die Frage: Leisten die Südseekolonien wirtschaftlich und politisch in den Normalzeiten des Friedens so viel, daß ihre strategisch ungünstige Stellung daneben von untergeordneter Bedeutung ist?

Diese Fragestellung ist sicher gerechtfertigt. Denn auch England z. B. wäre sein Besitz Hongkongs im Falle eines Krieges mit Japan doch keineswegs sicher. Trotzdem wird es aber doch keinen Augenblick daran denken, deshalb ohne zwingende Not auf diesen wichtigen Stützpunkt seines Handels und seiner Seemacht zu verzichten.

Die deutsche Regierung hat nun zwar durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Solf wiederholt erklärt, daß sie trotz des Festhaltens an dem „mittelafrikanischen" Gedanken nicht an einen Verzicht auf unseren Besitz in Neuguinea, Samoa usw. denkt, und die kürzliche Ernennung eines kaiserlichen Gouverneurs für Neuguinea ist der beste Beweis dafür, daß dieses Nichtverzichtenwollen mehr als nur eine politische Redewendung ist. Und trotzdem wollen die Stimmen in Presse und Versammlungen nicht zum Schweigen kommen, die einem deutschen Rückzug vom Stillen Ozean das Wort reden! Ist es die Besorgnis vor einem nicht vollen Sieg über England, ist es die Schwierigkeit unserer Stellung gegenüber Japan? Nun, wenn auch regelmäßig fast alle paar Wochen Reuter der Welt Beschlüsse australischer Körperschaften oder Boxertonreden der Staatsmänner des fünften Erdteils vorsetzt, in denen das Wiederauftauchen Deutschlands im Stillen Ozean für eine Unmöglichkeit erklärt wird: letzten Endes entscheiden doch wohl

---

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(30) (Nachdruck verboten.)

Hilflos starrte der junge Engländer auf die bunten Bogen. Elisabeth drückte ihm energisch eine Schere in die Hand und erklärte ihm, was er zu tun habe. Sehr ungeschickt fing er an, auszuschneiden — zuerst einen hohen Lehnstuhl. Als er damit fertig war, zeigte sie ihm, wie er ihn in die Form zu biegen hatte.

Dabei war es nicht zu umgehen, daß ihre Hände sich berührten und ihre Köpfe sich näherten; denn er mußte doch genau aufmerken, was er zu tun hatte. Und dann wurden beide jedesmal rot und heiß und vermieden sich anzusehen.

Unter ihrer geduldigen Leitung entstanden allmählich die Stühle und der Tisch des Puppenwohnraumes. Gar oft mußte sie allerdings ihre Näherei aus der Hand legen um ihm zu helfen. Dann holte sie zwei Puppenzimmerchen herbei die sie schon aus zwei Butterkistchen hergestellt hatte. Die Seitenwände waren mit hübschen Tapetenresten ausgeklebt, wobei die Fenster sehr geschickt durch Silberpapier, Spitzengardinen und Blumenstöckchen, ursprünglich Stammbuchbilder, vorgetäuscht wurden.

„Bewundern Sie diesen Prachtsalon, Herr Cargill, das Werk meiner Hände, und dahinein soll diese fürstliche Zimmereinrichtung und diese vornehmen Bewohner in rosa und hellblauer Seide kommen," rief sie voll kindlicher Fröhlichkeit, „auch der Teppich ist nicht vergessen! Sehen Sie," ein Stückchen bunter Plüsch, mit Fransenborte eingefaßt, deckte den Boden des Zimmerchens.

„Ganz wunderhübsch!" lobte er, wobei er aber mehr in das vor Eifer glühende Gesichtchen Elisabeths blickte, „und wer soll mit dieser Herrlichkeit beglückt werden?"

„O, das bespreche ich alles mit der Frau Pfarrer und der Frau Doktor. Morgen kommt sie ja aus Meran zurück, wie mir der Herr Doktor Rehfeld heute sagte! Das Praktisch ist alles fertig, die Näh- und Stickarbeiten! Nun kommt noch all dieser Kleinkram dran, gerade das, was den Kindern am meisten Freude macht."

„Und dafür opfern Sie schon wochenlang die halben Nächte?" fragte er vorwurfsvoll, „gestern sah ich noch nach zwölf Uhr nachts Licht in Ihrem Zimmer."

Sie gab ihm hastig ein Zeichen zu schweigen und sagte mit der unschuldigsten Miene: „Da haben Sie sich versehen, Herr Cargill, um diese Zeit habe ich ja schon bald ausgeschlafen." Und dann wandte sie sich an die Mutter: „Du, Mama, wann wird nun der Papa das Zeißglas für Schorsch besorgen? Zeit wird es allmählich — heut' ist schon der achtzehnte! Erinnere ihn nochmals! 's wär' doch die größte Freude für unsern Soldaten."

„Weißt du auch, was solch ein Glas kostet? Mehr als hundertfünfzig Mark, und das ist eine sehr große Ausgabe jetzt."

„Ach, Mama, ich gebe doch von meinem Geld dreißig Mark dazu, und ihr braucht mir doch weiter nichts zu kaufen. Aber Schorsch soll das Glas und eine Browning haben, ich will es," rief sie lebhaft, ohne zu bedenken, daß solche Erörterungen in Cargills Gegenwart der Mutter ein wenig peinlich sein mußten.

Und der dachte mit Rührung und mit Verständnislosigkeit wie man hier doch jede Ausgabe ängstlich erwog — kannst du es — oder kannst du es nicht? Ach, und er hätte dem geliebten Mädchen ohne zu überlegen die größten Kostbarkeiten zu Füßen gelegt. Für ihn war jede noch so große Ausgabe eine Kleinigkeit — für ihn, der über viele Millionen gebot!

Während Elisabeth plauderte, blieb sie keine Minute müßig, und auch Patrick war fleißig mit Ausschneiden beschäftigt. Es machte ihm Spaß, und jedes Stück Möbel, das mit Elisabeths Hilfe fertig wurde, stellte er gleich in die Puppenstube. Auf den fertigen Tisch hatte Elisabeth ein buntes Seidenfleckchen als Decke gelegt und auf das Sofa ein schon angezogenes Püppchen gesetzt. Wie ein glückliches Kind klatschte sie in die Hände. „Ist das nicht herrlich?"

Frau Kühne brachte Aepfel und Nüsse.

„Du, Muttchen, ich habe keine Zeit dazu — knacke du mir die Nüsse auf."

Sofort griff Patrick Cargill nach dem Nußknacker und öffnete für das holde Mädchen, dessen liebe Geschäftigkeit ihn mit Rührung erfüllte, die Nüsse und schälte Aepfel, indessen sie ein Weihnachtsliedchen dazu summte. Es lag so ein eigener Reiz in diesem Beisammensein, daß ihm die Brust zu enge wurde. Wie auf einer seligen Insel kam er sich vor, und er hätte immer so dasitzen und auf die weißen, schönen, fleißigen Hände schauen mögen! An dem Ringfinger der linken Hand steckte ein schmales dünnes Ringelchen mit einem bescheidenen Saphir und einer kleinen Perle, ein Stück von geringem Wert und dennoch mit Freude und Besitzerstolz getragen! Wie gern hätte er diese schönen schlanken Finger mit den kostbarsten Steinen geschmückt, deren Glanz dennoch nicht das Leuchten der frommen tiefen Augen erreicht hätte.

Daß er doch nicht den Mut fand, das Wort zu sprechen, das ihm schon lange auf der Zunge brannte! Dann dachte er wieder an sein lahmes Bein, fürchtete, durch eine voreilige Frage vielleicht dieses traute Heim zu verlieren! Denn daß Elisabeth Kühne nicht nach Geld und Reichtum fragte, daß ihr das nicht das erstrebenswerteste Ziel war, wußte er — dazu hatte er sie zu genau kennen gelernt! Sie würde nur heiraten, wen sie liebte! Ach, wenn er doch der Glückliche wäre.

„Muttchen, ich hab noch ein Anliegen! Wie wärs, wenn du schon einige von den Lebkuchen und Marzipankartoffeln herausrücktest?" bettelte Elisabeth, „und zum Lebkuchen gehört auch Punsch. Bitte — die Vorweihnachtsstimmung ist doch die Schönste mit."

Lächelnd stand Frau Kühne auf, der Tochter Wunsch zu erfüllen.

Nun saß Patrick allein mit Elisabeth. Er rückte ein wenig näher an sie heran; zärtlich wehend blickte er in ihr Gesicht, so daß sie errötend die langen seidenen Wimper senkte.

„Fräulein Lizzi, an alle denken Sie zu Weihnacht — an arme und fremde Leute? Denken Sie denn auch an mich?"

„Ach, Herr Cargill, es wäre wohl aufdringlich von mir — Doch selbst auf die Gefahr hin, will ich Ihnen verraten, daß ich wohl eine Kleinigkeit für Sie habe," versetzte sie mit unsicherer Stimme.

„Nur eine Kleinigkeit haben Sie für mich? Damit bin ich aber nicht zufrieden! Ich möchte mehr von Ihnen, viel mehr." Er nahm ihre Hand. „Alles Lizzi, Ihr ganzes reiches Herz möchte ich als Weihnachtsgabe."

„Sie scherzen, Herr Cargill, machen sich lustig über mich."

„Elisabeth, o fassen Sie meine Worte nicht so auf! Ich hab Sie lieb, und möchte Sie, nur Sie, als meine Frau haben."

Seine Werbung kam ihr so überraschend, daß sie nicht antworten konnte. Ihr Schweigen ängstigte ihn.

„Elisabeth, können Sie mich denn nicht lieben? Nicht ein bißchen?" Er bemühte sich, einen Blick ihrer Augen zu erhaschen.

(Fortsetzung folgt.)

nicht die raufluftigen Hemdsärmelmänner von Sidney oder Melbourne, die berufsmäßig dazu gezwungen sind, ihren Gläubigern bald die gelbe und bald die deutsche Gefahr als schreckenden Popanz vorzuhalten!

Und was die Rückgewinnung der von den Japanern besetzten Inseln betrifft, so haftet doch wohl auch jetzt noch nach dem früheren Reichskanzlerwort die Entente insgesamt und solidarisch für das uns Gestohlene. Und, solange wir noch genügend Trümpfe in der Hand haben, bleiben unsere Notwendigkeiten die maßgebende Richtlinie unserer Forderungen, nicht aber das ekstatische Lärmen der Australier und die Rücksicht auf die wackelige weißgelbe Freundschaft.

Gegenüber der hinsichtlich der Südseefrage bei uns etwas unpolitisch gezeigten überflüssigen Nervosität ist es angebracht, auf eine Denkschrift zu verweisen, die soeben von einer berufenen Vertretung, der Vereinigung der Südseefirmen, dem Reichstag aus der Befürchtung heraus vorgelegt ist, daß auf die im Frieden zu stellende Forderung nach Rückgabe unserer pazifischen Besitzungen nicht genügend Nachdruck gelegt werden könne. Mit Recht betont sie, daß allein die Frage nach der Deckung unseres Rohstoffbedarfs, eine Frage die Hausstand, Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig berührt, es als ausgeschlossen erscheinen läßt, den Verzicht überhaupt ernsthaft zu erörtern. Mag Mittelafrika noch so reiche wirtschaftliche Möglichkeiten bieten: das Palmenland, die Südsee, kann es nicht ersetzen, ebensowenig wie es uns Ersatz zu geben vermag für die Phosphatlager auf Nauru und Angaur, die mit ihrer Mächtigkeit von 45 Millionen Tonnen die einzige Möglichkeit für Deutschland bieten, seinem durch den Krieg ausgesogenen Boden die wichtigen Düngemittel aus deutschen Gruben zuzuführen.

Wichtiger vielleicht aber noch als die wirtschaftlichen Gründe sind die politischen! Stark auf dem Meer kann nur ein Staat sein, der stark an den Meeren liegt! Diese Lehre hat uns die Vernichtung unserer Auslandskreuzerflotte, die bei dem Mangel aller deutschen Flottenstützpunkte und Kohlenstationen in Uebersee der wichtigsten Grundlage ihrer Betätigung ermangelten, doch deutlich genug eingehämmert. Sollen wir unsere gesamten Interessen im Stillen Ozean und in seinen Randländern jedem auf sie Lüsternen auf dem Präsentierteller zum Wegnehmen anbieten, indem wir darauf verzichten, unseren Kriegsschiffen in Zukunft die notwendigen Stützpunkte zu schaffen? Die deutsche Flagge hat ein Heimatrecht in diesen Meeren. Die Gedeckstoy und wie sie alle heißen, haben dort gearbeitet, längst bevor man an deutschen Kolonialbesitz dachte. Daß die Flagge dort auch ihr Heimatrecht behält, wird somit zur Prestigefrage. Auch deshalb müssen wir an unserem Südseebesitz festhalten, wenn anders unserer Volkswirtschaft und unserer weltpolitischen Zukunft nicht unabsehbarer Schaden zugefügt werden soll! Trotz Mittelafrika!

Die Unzulänglichkeit der amerikanischen Kriegsvorbereitungen.

Im „Engineering and Mining Journal" vom 26. 1. schreibt ein Amerikaner: Wo ist der Amerikaner, der nicht entrüstet ist über die Enthüllungen der Unfähigkeit dieses Landes als kriegführende Macht? Wir sind die Nation, die alle Dinge mustergültig erledigen sollte; wir sollten den Krieg mit der gleichen Fähigkeit durchführen, die unsere Entwickelung von Kunst und Wissenschaft charakterisiert. Wir lächelten über die Langsamkeit unserer englischen Vettern in der Bereitstellung ihres Kriegskleides, über die Unzulänglichkeit ihrer Verwaltung, über ihre Verschwendung von Geld und Material und gelobten, ihnen eine Lehre zu erteilen. Und jetzt — nach neun Monaten — finden wir unsere Karre ebenso im Schmutz wie die ihrige in der entsprechenden Periode. Dabei haben wir nicht einmal die Entschuldigung der Neuheit des Unternehmens; denn wir hatten die Lehren dreier Erfahrungsjahre vor Großbritannien und Frankreich voraus.

Unser ganzes Eisenbahntransportwesen krankt böse. Das ganze Land leidet an Knappheit von Brennmaterial. Nach langem Hin- und Herdiskutieren haben wir gerade begonnen, die so notwendig gebrauchten Schiffe zu bauen. Die Bewaffnung unserer neuen Militärkräfte ist gefährlich verzögert. Ihre Ausrüstung ist unvollständig. Die sanitären Maßnahmen sind nicht, wie sie sein sollten.

Sich selbst überlassen, haben die Fabrikanten unseres Landes drei Jahre lang die Heere Europas mit Büchsen, Maschinengewehren, schweren Geschützen, Munition und Waren aller Art versorgt. Wir hatten das angenehme Gefühl, daß — sollte unser Land in den Krieg einbezogen werden — alle diese Unternehmungen mit ihren Erfahrungen sofort verfügbar sein würden.

Trotz alledem haben die Aemter in Washington versucht, den Krieg auf einer Grundlage zu organisieren, die jedes kaufmännische Unternehmen zum Zusammenbruch führen müßte.

Eine wichtige Konferenz in Washington.

* **Berlin, 12. Febr.** Aus Genf wird dem „Berl. Tagebl." mitgeteilt, einer Meldung des „Matin" zufolge steht eine wichtige Konferenz in Washington bevor, an der neben dem Präsidenten Wilson Staatssekretär Lansing, House und der Nahrungsmittelminister Hoover teilnehmen werden.

Geständnisse eines Ententespions.

Großes Aufsehen hat in Schweden ein neuer Spionagefall erregt, der unlängst durch die schwedischen Blätter die Runde machte. Ein Mann schwedischer Abkunft, namens Lorich, der im Solde des von der Entente in Schweden unterhaltenen Spionagedienstes gestanden hatte, war in Deutschland verhaftet worden und hatte ein umfassendes Geständnis abgelegt. Wie er bekundete, war er von seinen Auftraggebern zu allerhand seltsamen Experimenten mit provokatorischem Zwecke angestellt worden. So sollte er u. a. versuchen, in schwedische Lebensmittelschiffe oder in solche der Entente innerhalb der schwedischen Gewässer Dynamit zu Sprengzwecken zu schmuggeln, um den Verdacht zu erwecken, daß in Schweden ansässige Deutsche Anschläge gegen die schwedische Ernährung planten. Offenbar sollten auch durch solche Zwischenfälle die deutsch-schwedischen Beziehungen getrübt und Volk und Regierung gegen uns mißtrauisch gemacht werden. Lorich, dem als geborenen Schweden die Sache etwas bedenklich und gefährlich vorkommen mochte, wurde durch die Zusicherung beruhigt, daß es sich ja nur um Scheinmanöver handele und es genüge, wenn der Kapitän des Schiffes oder die Polizei durch einen anonymen Brief vor der Explosion von den gefährlichen Machenschaften der „Boches" in Kenntnis gesetzt werde. Man wolle ja nichts weiter, so versicherten die Herren vom Spionagedienst, als den „Boches" einen Streich spielen und Deutschland und Schweden verfeinden.

Lorich hat sich diesen ehrenvollen Aufträgen schließlich unter einem Vorwande entzogen, da er sich wohl sagen mußte, daß es für ihn als schwedischen Staatsangehörigen mehr zu verlieren, als zu verdienen gab. Auf jeden Fall sind wieder einmal den Neutralen die Augen geöffnet worden, wo die Urheber so vieler rätselhafter Brandstiftungen und Schiffsbeschädigungen zu suchen sind. Hoffentlich trägt der Fall Lorich dazu bei, die Aufmerksamkeit der Neutralen schärfer als bisher auf das unerhörte Treiben der Agenturen und Spionagebureaus der Entente in ihren Ländern zu lenken, wo bestochene Kreaturen die ihnen gewährte Gastfreundschaft zu Versuchen mißbrauchen, Volk und Regierung in schwere internationale Konflikte hineinzutreiben.

Der Friede mit Rußland.

Nachdem die erste, durchaus begreifbare Freude über die Brest-Litowsker Erklärung Trotzkis verflogen ist, macht sich allgemein eine kühlere und vorsichtigere Auffassung von dem Friedenswillen der gegenwärtigen russischen Regierung bemerkbar. In Berliner politischen Kreisen zögert man, das Anerbieten Trotzkis als unbedingt ernst und zuverlässig anzusehen, und wartet ab. Der Wahrscheinlichkeit kommen wohl jene am nächsten, die meinen, wir stünden hier lediglich vor einer neuen Finte des Herrn Trotzki, der, durch die Entwicklung in die Enge getrieben, seine dialektischen Künste hinfort statt in Brest-Litowsk in Petersburg spielen lassen will. Denn ob mit, ob ohne die Erklärung des Herrn Trotzki: an dem tatsächlichen Zustand der Dinge wird sich kaum etwas ändern. Krieg zu führen ist das zusammenbrechende Rußland so wie so nicht mehr im Stande. Die Lage bleibt nach wie vor sehr unklar. Ueber die neue Lage meldet noch der Draht:

f. **Köln, 11. Febr.** Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin: Die Erklärung der Bolschewiki-Regierung hat eine neue Lage geschaffen und diese muß vor allem gewürdigt werden unter dem Gesichtswinkel der gegenwärtigen und weiterschreitenden Umwälzungen in Nordrußland und des völligen Chaos in diesem unglücklichen, zurzeit in voller Auflösung befindlichen Staate. Herrscht doch, zuversichtlichen Nachrichten zufolge in Petersburg und Moskau völlige Anarchie. Die Fabriken stehen still, die Banken befinden sich in den Händen der Massen, die Ausschreitungen der Roten Garden werden immer stärker. Die Regierung hat über das Land den verschärften Belagerungszustand verhängt. Aus dieser verzweifelten Lage heraus und unter Wirkung des Friedensschlusses der Ukraine ist die Erklärung Trotzkis wertvoll, die den Kriegszustand für beendigt erklärt und durch die Weigerung, einen Friedensvertrag zu schließen, einen Zwischenzustand schafft. Während dieses Zwischenzustandes betreibt die Bolschewiki-Regierung ihre revolutionäre Propaganda weiter. Ein scharfes Schlaglicht auf die scheinbare Friedensbereitschaft der russischen Machthaber wirft ein vom russischen Oberkommando erfolgter Befehl, in dem die Soldaten aufgefordert werden, die deutschen Truppen zur Beseitigung ihrer Offiziere anzuleiten. Diesem Befehl sucht man die weiteste Verbreitung zu schaffen. Solange sich das nicht ändert, kann sich auch die militärische Lage Rußlands gegenüber nicht ändern. So ergeben sich für die Beurteilung der neugeschaffenen militärischen Lage tatsächliche Anhaltspunkte für die Erhaltung mißtrauischer Vorsicht, die wir von der politischen Leitung erwarten müssen.

WTB. Berlin, 11. Febr. Zu der Erklärung Trotzkis bemerkt die „B. Z. am Mittag": Trotzki hat geglaubt, sich einen bequemen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu schaffen, in die er geraten ist, hat aber keinerlei Sicherheiten dafür geben können oder wollen, daß dem Ende des Kriegszustandes, das er verkündigt, nun auch der Anfang des Friedenszustandes folgen werde. Das alte Chaos beibt weiter bestehen, und daher auch für uns die Pflicht, unsere Grenze militärisch wie diplomatisch zu sichern.

WTB. Berlin, 11. Febr. Der deutsch-russische Wirtschaftsausschuß hat an den Staatssekretär von Kühlmann folgendes Telegramm gerichtet: Ew. Exzellenz sprechen die an den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland beteiligten Kreise für die verheißungsvolle Grundsteinlegung zu einem segensreichen Weltfrieden tief empfundenen Dank aus. Die in dem Friedensvertrage mit der Ukraine festgelegten Bestimmungen geben die Gewähr, daß die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen von russischer, sowie von deutscher Seite, und ihr weiterer Ausbau sich schnell und stetig vollziehen wird zum dauernden gemeinsamen Nutzen beider sich wirtschaftlich ergänzenden Gebiete.

WTB. Wien, 11. Febr. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß sandte an den Kaiser anläßlich der Kunde von der glücklichen Beendigung des Krieges an der Ostfront ein Telegramm, in dem er ihm die Glückwünsche des Abgeordnetenhauses ausspricht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß an den andern Fronten der Krieg bald beendet sein möge.

*

Die Auffassung in Berlin.

)(**Berlin, 12. Febr.** Unter der Ueberschrift „Das letzte Manöver des Herrn Trotzki" schreibt die „Kreuzzeitung": In erfreulicher Uebereinstimmung wird in den Blättern der Meinung Ausdruck gegeben, daß die einseitige Erklärung Trotzkis uns zu garnichts verpflichten könne und daß wir politisch wie militärisch Rußland gegenüber freie Hand besäßen, sofern und solange der Waffenstillstand uns keine bestimmte Behinderung auferlegte. — **Auf Grund zuverlässiger Informationen kann die „Kreuzzeitung" weiter mitteilen, daß auch die Oberste Heeresleitung den Trotzkischen Vorschlag unter gar keinen Umständen als ein Friedensangebot betrachtet.**

Im „Berliner Lokalanzeiger" heißt es: Trotzki will sich nicht dazu herbeilassen, einzugestehen, daß Rußland, auch das revolutionäre Rußland, besiegt ist, daß es ohne Frieden nicht mehr leben kann. Er kann sich auch nicht zur Annahme von Friedensbedingungen entschließen, nicht einmal ein billiges Kompromiß will er auf sich nehmen. Und da er andererseits nicht ohne Frieden nach Petersburg zurückkehren darf, so verfällt er auf den Gedanken, ihn einseitig von sich aus als vorhanden zu verkünden und die Mittelmächte im übrigen auf die Verhandlungen abseits von Brest-Litowsk zu verweisen. Trotzki bestimmt, daß der Kriegszustand beendet sei und die russischen Streitkräfte entlassen werden sollen, verzichtet aber auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages. Dazu haben wir nicht seit Weihnachten in mühevollen Verhandlungen mit der russischen Delegation zusammengesessen, um uns jetzt von Herrn Trotzki einfach nach Hause schicken zu lassen. Uns ist es um einen formellen Friedensvertrag zu tun gewesen und wir werden jetzt schwerlich darauf eingehen, dieses Ziel stillschweigend in der Versenkung verschwinden zu lassen, nur weil es Herrn Trotzki so beliebt.

*

Staatssekretär v. Kühlmann wieder in Berlin.

);(**Berlin, 11. Febr.** Wie der „Berl. Lokalanz." erfährt, dürfte sich Staatssekretär v. Kühlmann zur Stunde unterwegs von Brest-Litowsk nach Berlin befinden. Es ist wahrscheinlich, daß Trotzki auf dem Wege nach Petersburg ist. Jetzt dürfte die historische Rolle, die Brest-Litowsk einige Zeit lang gespielt hat, für absehbare Zeit ausgespielt sein.

*

Die Gefangenenfrage.

Ein Petersburger Abkommen.

WTB. Berlin, 11. Febr. Wie wir hören, haben die in Petersburg zwischen den Delegierten der deutschen und der russischen Regierungen gepflogenen Beratungen über die Gefangenenfrage nach längeren Verhandlungen zunächst zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt, wonach die beiderseitigen dienstuntauglichen Kriegsgefangenen möglichst bald in ihre Heimat überführt werden sollen. Entsprechende Abkommen mit Rußland wurden auch von den gleichfalls in Petersburg anwesenden österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Vertretern unterzeichnet. Bei den zurzeit in Rußland herrschenden Verkehrsverhältnissen wird man freilich mit nicht unerheblichen Verzögerungen in der Ausführung der Transporte rechnen müssen, doch ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die in dieser Richtung bestehenden Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben.

*

Der Kaiser an den Reichskanzler.

WTB. Berlin, 11. Febr. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat an den Reichskanzler Dr. Grafen v. Hertling folgendes Telegramm gerichtet:

Die Meldung von dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine habe Ich mit dem Gefühl tiefster Dankbarkeit gegen Gott empfangen, der in diesen schweren Zeiten seine schützende Hand in sichtbarer Weise über Deutschland gehalten hat. Ich beglückwünsche Eure Exzellenz von Herzen zu dem bedeutungsvollen Erfolg Ihrer Politik und hoffe, daß der eben gezeichnete Vertrag die Grundlage ersprießlichster Beziehungen zwischen den Verbündeten und dem neuen Reiche wird.

Nach Jahren härtester Kämpfe mit einer Welt von Feinden ist der uns umklammernde Ring dank der Siege unseres unvergleichlichen Heeres gesprengt und das Wort vom Frieden Wirklichkeit geworden. Zum ersten Male erscheint das Ende des gigantischen Ringens in greifbare Nähe gerückt.

Das deutsche Volk aber, dessen bin ich gewiß, wird freudig und mit jener unwiderstehlichen Kraft, die ihm sein gutes Gewissen, die Geschlossenheit im Innern und der Glaube an seine Zukunft verleiht, zusammen mit seinen Verbündeten auch die weiteren Aufgaben erfüllen, die ihm dieser Erfolg noch stellen mag.

Wilhelm I. R.

*

Die englischen Beziehungen zu Petersburg.

(!) **Berlin, 12. Febr.** In Londoner politischen Kreisen sollen, laut „Voss. Ztg." bestimmte Nachrichten vorliegen, daß die englische Regierung mit Petersburg in besserer Fühlung steht als früher und daß die Kriegsziele der Entente dort jetzt anders gewürdigt werden, als unmittelbar vor dem Sturze Kerenskis. Die frühere britische Militärmission in Petersburg werde wieder auf ihre volle Höhe gebracht. Heute soll im englischen Unterhaus Premierminister Lloyd George eine Erklärung über die allgemeine Lage abgeben. Am 25. Februar wolle er vor den Gewerkschaften in Liverpool über die Notwendigkeiten sprechen, sich auf einen hartnäckigen Krieg einzurichten.

WTB. Berlin, 11. Febr. Funkspruch aus Zarskoje Selo: An Alle, vom Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. Indem er es als unzulässig erachtet, daß auf die russischen Bürger in England die Zwangszuziehung zur englischen Armee und Delegierung zu irgend einem auswärtigen Staate angewendet wird, überhaupt das Recht der Zwangszuziehung russischer Bürger zum Heeresdienst, hat der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten den bevollmächtigten Vertreter in London, den Kameraden Litwinow, beauftragt, der englischen Regierung vorzustellen, sie solle mitteilen, welche Schritte sie zu unternehmen gedenke, in Anbetracht der Konvention, die mit der Regierung Kerenski über diese Frage geschlossen worden ist, ferner soll er die Hoffnung ausdrücken, daß es auf diesem Boden zu keinem Mißverständnis zwischen England und Rußland kommen werde, und daß England von solchen Maßnahmen abstehen werde, die zu ähnlichen Mißverständnissen führen könnten.

*

Der Zusatzvertrag mit der Ukraine.

WTB. Berlin, 11. Febr. In dem mit der ukrainischen Volksrepublik vereinbarten Zusatzvertrag heißt es noch u. a.: Jeder vertragschließende Teil wird die Konsuln des andern Teils an allen Plätzen seines Gebietes zulassen, soweit nicht bereits vor dem Kriege für einzelne gemischtsprachige Plätze oder Gebietsteile Ausnahmen gestattet und diese Ausnahmen nach dem Krieg jeder dritten Macht gegenüber gleichmäßig aufrecht erhalten werden. Jeder vertragschließende Teil wird alle Schäden ersetzen, die durch völkerrechtswidrige Handlungen konsularischer Beamten dem anderen Teile zugefügt oder an Konsulatsgebäuden dieses Teiles angerichtet worden sind.

Die Vertragsabkommen und Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Rußland vor der Kriegserklärung in Kraft waren, treten zwischen den vertragschließenden Teilen vorbehaltlich abweichender Bestimmungen des Friedensvertrages und dieses Zusatzvertrages bei der Ratifikation mit der Maßgabe wieder in Kraft, daß, soweit sie für eine bestimmte Zeit verkündbar sind, diese Zeit auf Kriegsdauer verlängert wird. Jeder vertragschließende Teil kann dem anderen Teil binnen 6 Monaten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Verträge usw. oder deren einzelne Bestimmungen mitteilen, die nach seiner Auffassung mit den während des Krieges eingetretenen Veränderungen in Widerspruch stehen. Diese Vertragsbestimmungen sollen tunlichst bald durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Zur Ausarbeitung dieser neuen Verträge wird binnen 6 Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrages eine Kommission zusammentreten.

Alle in dem Gebiet eines vertragschließenden Teiles bestehenden Bestimmungen, wonach mit Rücksicht auf den Kriegszustand die Angehörigen des anderen Teiles in Ansehung ihrer Privatrechte irgendwelcher besonderen Regelung unterliegen (Kriegsgesetz), treten mit der Ratifikation des Friedensvertrages außer Anwendung. Als Angehörige eines vertragschließenden Teiles gelten auch solche juristischen Personen und Gesellschaften, die in seinem Gebiet ihren Sitz haben.

Die privatrechtlichen Schuldverhältnisse werden wieder hergestellt, soweit sich nicht aus den Bestimmungen des Zusatzvertrages ein anderes ergibt. Schuldforderungen, deren Bezahlung im Laufe des Krieges auf Grund von Kriegsgesetzen verweigert werden konnten, brauchen nicht vor Ablauf von 8 Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrages bezahlt zu werden.

Nach der Ratifikation des Vertrages soll die Bezahlung der staatlichen Verbindlichkeiten, sowie der öffentliche Schuldendienst den beiderseitigen Angehörigen gegenüber wieder aufgenommen werden. Im Hinblick auf die von den ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen russischen Kaiserreiches bleibt die Ausführung dieses Grundsatzes einer besonderen Vereinbarung vorbehalten. Dabei wird die ukrainische Volksrepublik den deutschen Staatsangehörigen gegenüber jedenfalls die Verbindlichkeit übernehmen, die für die in der Ukraine vorgenommenen öffentlichen Arbeiten eingegangen oder durch dort befindliche Vermögensgegenstände sichergestellt sind.

Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 11 des Urheberrechtes und gewerblichen Schutzrechtes Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt wurden, für das Gebiet der Ukraine wieder hergestellt werden. In Artikel 11 heißt es, daß die beaufsichtigten, verwahrten oder verwalteten Vermögensgegenstände auf Verlangen des Berechtigten unverzüglich freizugeben sind. Diese Bestim-

...gen sollen aber wohlerworbene Rechte Dritter nicht berühren, Grundstücke oder Rechte an einem Grundstück, Bergwerksgerechtsame, sowie Rechte auf die Benutzung oder Ausbeutung von Grundstücken, Unternehmungen oder Beteiligungen an einem Unternehmen, insbesondere Aktien, die infolge Kriegsgesetzen veräußert oder den Berechtigten sonst durch Zwang entzogen worden sind, sollen den früheren Berechtigten auf einen innerhalb eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrages zu stellenden Antrag gegen Rückgewähr der ihnen aus Anlaß der Veräußerung oder Entziehung etwa erwachsenden Vorteile frei von allem in ihnen begründeten Rechten Dritter wieder übergeben werden. Den beiderseitigen Angehörigen soll der Schaden ersetzt werden, den sie infolge von Kriegsgesetzen erlitten haben. Dasselbe gilt für die Schäden, die den Zivilangehörigen jedes Teiles während des Krieges außerhalb der Kriegsgebiete von den staatlichen Organen oder der Bevölkerung des anderen Teiles durch völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind.

Der bereits in Gang befindliche Austausch dienstuntauglicher Kriegsgefangener wird mit möglichster Beschleunigung ausgeführt werden. Der Austausch der übrigen Kriegsgefangenen erfolgt tunlichst bald in bestimmten, noch näher zu vereinbarenden Zeiträumen.

Eine Kommission soll alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Brest-Litowsk zusammentreten, um die vorgesehenen Zeiträume sowie die sonstigen Einzelheiten des Austausches und die Durchführung zu überwachen. Die Aufwendungen für die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden im Hinblick auf die Gefangenenzahlen gegeneinander aufgerechnet.

Die beiderseitigen internierten oder verschickten Zivilangehörigen werden tunlichst bald unentgeltlich heimbefördert werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaates in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Die Angehörigen eines Teiles, die bei Kriegsausbruch in dem Gebiete des anderen Teiles ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche oder Handelsniederlassung hatten und sich nicht in diesem Gebiete aufhalten, können dorthin zurückkehren, sobald sich der andere Teil nicht mehr im Kriegszustand befindet.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit den dem anderen Teile angehörenden Kriegsgefangenen, sowie den Zivilpersonen.

Es folgen Amnestiebestimmungen für Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Verschickte, sowie für alle Angehörigen des anderen Teiles für die zu dessen Gunsten begangenen Straftaten und für Verstöße gegen die zum Nachteil feindlicher Ausländer ergangenen Ausnahmegesetze. Ferner gewährt jeden Teil volle Straffreiheit den Angehörigen seiner bewaffneten Macht in Ansehung der Arbeiten, die sie als Kriegsgefangene dem anderen Teile geleistet haben. Das gleiche gilt für die von den beiderseitigen Zivilangehörigen während seiner Internierung oder Verschickung geleisteten Arbeiten.

Kauffahrteischiffe des einen vertragschließenden Teiles, die bei Kriegsausbruch in den Häfen des anderen Teiles lagen, werden ebenso wie ihre Ladungen zurückgegeben oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden.

Die als Prisen aufgebrachten Kauffahrteischiffe der vertragschließenden Teile sollen, wenn sie vor der Ratifikation des Friedensvertrages durch rechtskräftiges Urteil eines Prisengerichts kondemniert worden sind und nicht unter die Bestimmungen des Artikels 23 fallen, als endgültig eingezogen angesehen werden. Im übrigen sind sie zurückzugeben oder, soweit sie nicht mehr vorhanden sind, in Geld zu ersetzen.

*

Neutrale Preßstimmen.

WTB. Bern, 11. Febr. „Journal de Genève" schreibt zu dem Friedensschluß mit der Ukraine u. a.: Man kann bereits erkennen, daß der Friede es den Mittelmächten erlaubt, die politische Lage zu beherrschen und Osteuropa nach ihren Wünschen zu reorganisieren. Außerdem ist dieser erste Friedensschluß infolge seiner moralischen Wirkung, die er auf die Völker ausüben wird, ein bedeutendes Ereignis.

„Gazette de Lausanne" betont in einem Leitartikel die großen Vorteile, die der Friedensschluß in der Ukraine den Mittelmächten verbürge. Er sei ein bedeutenderer Erfolg als der Vorstoß in Italien oder ein gelungener Handstreich im Westen es gewesen wäre. Es sei das größte greifbare Ergebnis des deutschen Sieges. Außer durch die wirtschaftlichen Folgen sei der Friedensschluß dadurch bedeutsam, daß er die Feinde Deutschlands um eine Einheit verringere und Rumänien zwinge, die Waffen zu strecken.

Das „Berner Intelligenzblatt" schreibt: Unsere Auffassung erweist sich als richtig, wonach die Zentralmächte sich auf die Erreichung von Teilfriedensschlüssen verlegen, deren Bedeutung einzeln genommen nicht besonders schwer wiegen, die als feststehendes Ganze aber einen allgemeinen Frieden im Osten vollkommen ersetzen. Sind die Teilfriedensschlüsse einmal perfekt, dann können die Zentralmächte ruhig sagen, daß der Krieg im Osten endgültig liquidiert sei.

Badische Politik.

* Gernsbach, 11. Febr. Die Zentrumspartei für den Landtagswahlkreis Baden-Rastatt hielt heute eine Vertrauensmännerversammlung zur Nominierung eines Kandidaten für die bevorstehende Landtagsersatzwahl ab. Als solcher wurde Amtsrichter Straub in Villingen aufgestellt.

Aus dem Großherzogtum.

△ Heidelberg, 12. Febr. Im Alter von 85 Jahren ist in Berlin Unterstaatssekretär a. D. Exz. Otto von Braunbehrens, der Vater des hiesigen Staatsanwaltschaftsrates Dr. von Braunbehrens, gestorben. Der Verstorbene war langjähriger Präsident der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte und genoß den Ruf eines ungewöhnlich hervorragenden Staatsbeamten. Die Universität Berlin hatte ihn zu ihrem Ehrendoktor ernannt.

⊀ Heidelberg, 12. Febr. Im Samariterhaus ist ein 18jähriger Hausdiener namens Ernst Rodenberger von Kronau aus dem Fenster des 4. Stockes in den Hof gestürzt und war sofort tot.

Pforzheim, 12. Febr. Auf der Strecke zwischen Pforzheim und Eutingen ließ sich der 16jährige Hilfsarbeiter Hans Müller von hier von einem Zuge überfahren, dabei wurde ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt.

⊙ Gutach, 11. Febr. Fabrikant Julius Gütermann, der Seniorchef der Firma Gütermann und Cie., ist an den Folgen einer Krankheit gestorben, die er sich auf einer im Interesse des Kriegsdienstes unternommenen Reise zugezogen hatte. Julius Gütermann war einer der bedeutendsten Industriellen des badischen Oberlandes. Unter seiner tatkräftigen Mitarbeit und Leitung hat die Firma Gütermann und Cie. Weltruf erlangt und neben dem Stammhaus in Gutach mußten auch im Ausland Filialen und Niederlagen errichtet werden, um den ausgedehnten Geschäftsbeziehungen zu genügen. Aber in dieser reichen und fruchtbringenden Tätigkeit erschöpfte sich das Wesen des Dahingegangenen nicht. Sein edler Charakter und seine Herzensgüte zeigten sich besonders auch in der sozialen Fürsorge für seine Beamten- und Arbeiterschaft und in reichstem Wohltun und größter Opferfreudigkeit für gemeinnützige und wohltätige Zwecke. Unendliches hat ihm auch die hiesige Gemeinde und das ganze Elztal zu danken. Der Verstorbene war Mitglied der Handelskammer Freiburg.

* Donaueschingen, 11. Febr. Der Fürst von Fürstenberg hat den Fürstlichen Oberkammerrat Max Gänshirt zum Kammerpräsidenten ernannt und mit der obersten Leitung der Verwaltung des schwäbischen Hausgutes betraut.

Das Murgwerk.

* Gernsbach, 13. Febr. Die Inbetriebnahme des Murgwerks hat sich infolge verzögerter Anlieferung verschiedener Materialien weiter verzögert, sodaß die Fertigstellung des Werkes vor Frühjahr 1918 kaum zu erwarten ist. Für die Fernleitung Forbach-Karlsruhe werden z. B. die Mastfüße einbetoniert und auf der Strecke Karlsruhe-Rheinau sind bereits die Masten in Aufstellung begriffen. Die Leitung wird in Stahl und Aluminium, statt in Kupfer, hergestellt. Die Verbindungsleitung von Rheinau nach dem Pfalzwerk und dem bahneigenen Werk bei Mannheim ist in Vorbereitung. Obgleich sich die ursprünglich auf 12 Millionen Mark veranschlagten Baukosten infolge der Preissteigerungen für Materialien und Erhöhung der Arbeitslöhne auf über 21 Mill. Mark erhöht haben, gilt als Wirtschaftlichkeit des Werkes bei dem zu erwartenden vollen Stromabsatz als gesichert.

Amtliche Nachrichten.

* Der Großherzog hat dem Lokomotivführer Lorenz Wiederhold in Waldshut das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen verliehen.

* Das Ministerium des Innern hat die Versetzung des Amtsaktuars Friedrich Stegmüller in Tauberbischofsheim zum Bezirksamt Karlsruhe zurückgenommen.

* Der Großherzog hat den nachgenannten Personen die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Auszeichnungen erteilt:

für das Königlich Bayerische König-Ludwig-Kreuz:

dem Direktor der Ludwigshafener Walzmühle, Kommerzienrat Fritz Artmann in Mannheim;

für das Königlich Sächsische Ehrenkreuz für freiwillige Wohlfahrtspflege:

dem Lehramtspraktikanten Wilhelm Armbruster in Karlsruhe;

für das Ritterkreuz 1. Klasse des Großh. Hessischen Verdienstordens Philipps des Großmütigen:

dem Stadtbaurat Hermann Gerbel in Gießen;

für das Hessische Kriegsehrenzeichen:

der Frau Major Eugen Bumiller in Mannheim;

für das Ehrenkreuz 2. Klasse des Fürstlich Schaumburg-Lippischen Hausordens:

dem Geheimen Hofrat Professor Dr. Friedrich Endemann in Heidelberg;

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 12. Februar 1918.

= **Der Großherzog** empfing gestern den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb, den Staatsminister Dr. Freiherrn von Bodman und den Geheimerat Dr. Freiherrn von Babo zum Vortrag.

= **Platzmusik.** Aus Anlaß des Kriegsendes mit Rußland spielte gestern Mittag eine Militärkapelle unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Willrich am Kaiserdenkmal von ½4 bis ½5 Uhr.

= **Die Empfänger einer Invalidenrente** erhalten nach der Verordnung des Bundesrats vom 3. Januar 1918 ohne Antrag von Amts wegen eine Teuerungszulage zu ihrer Rente von monatlich 8 ℳ bis zum 31. Dezember 1918, die Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente eine Zulage von 4 ℳ. — Dagegen erhalten Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von ⅔ oder mehr der Vollrente beziehen, nur auf ihren Antrag eine monatliche Teuerungszulage von 8 ℳ, und nur sofern nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird. Der Antrag ist an den Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft, oder ein Versicherungsamt Bezirksamt) zu richten.

= **Verkehr mit der Pfalz.** Vom Mittwoch, den 13. Februar an verkehren die seit dem 22. Januar vorübergehend ausgefallenen Züge 1311 Karlsruhe-Maxau, Karlsruhe a 11,15 Vorm. und 1312 Maxau-Karlsruhe, Maxau ab 11,44 Vorm. wieder regelmäßig. Dagegen fällt vom gleichen Tag an der Personenzug 1331 Karlsruhe-Maxau, Karlsruhe ab 6,54 Nachm. aus. Vom 16. Febr. an werden die zwischen Schwetzingen und Speyer vorübergehend ausgefallenen Züge 1040 (W), Schwetzingen an 10,39 Vorm. und 1041 (W) Speyer ab 12,50 Nachm. Samstags wieder geführt. Solange der Verkehr über die Schiffsbrücke gesperrt ist, endigen und beginnen sie wie die übrigen Züge, in Lußhof.

= **Ausschließung von Telegrammen mit Empfangsanzeige.** Telegramme mit den Vermerken „Empfangsanzeige" oder PC. „dringende Empfangsanzeige" oder PCD. „Empfangsanzeige mittels Post" oder PCP werden vom 1. März 1918 ab bis auf weiteres sowohl im innerdeutschen Verkehr als auch in dem Verkehr nach und von dem Ausland (einschließlich der besetzten Gebiete) sowie im Durchgangsverkehr durch Deutschland nicht mehr zugelassen.

= **Lotteriegenehmigung.** Dem Straßburger Münsterverein wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 5000 Losen zu drei Mark der 5. Reihe der von ihm veranstalteten Geldlotterie zugunsten der Wiederherstellung des Straßburger Münsters in Baden erlaubt.

Letzte Drahtberichte.

Pour le mérite.

WTB. Berlin, 11. Febr. Der „Reichsanzeiger" gibt die Verleihung des Eichenlaubes zum Orden Pour le Mérite an die Admirale von Holtzendorff und Scheer, sowie des Ordens Pour le Mérite an Kapitänleutnant Viebeg bekannt.

Neue ungarische Minister.

WTB. Budapest, 11. Febr. Meldung des ung. Tel. Korr.-Büros. Der König hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle Dr. Alexander Popovic zum ungarischen Finanzminister und den Grafen Bela Serenyi zum ungarischen Ackerbauminister ernannt. Der König ist heute vormittag in Budapest eingetroffen.

Ausgeraubte rumänische Kuriere.

() Bern, 10. Febr. „Temps" meldet aus Jassy: Die beiden rumänischen Kuriere Jonescu und Dalbst sind auf dem Bahnhof Kischinew von Marimalisten vollkommen ausgeraubt worden.

Die amerikanische Loyalitätswoche.

() Newyork, 11. Febr. Nach einer Reutermeldung begann heute die Loyalitätswoche, die zum Beweis für die einstimmige Entschlossenheit der amerikanischen Arbeiter, den Krieg zu unterstützen, veranstaltet wird. In über 100 der hauptsächlichsten Städte der Vereinigten Staaten wurden öffentliche Massenversammlungen abgehalten, die begeistert verliefen. Der Präsident der Confederation of Labour, Gomperz, hat in einem Schreiben an die Arbeiter appelliert, an den Kundgebungen dieser Woche teilzunehmen und, wenn nötig, für die Ideale der Politik der Vereinigten Staaten alles aufzuopfern. Ueber 40 patriotische amerikanische Vereinigungen beteiligten sich an den Kundgebungen des Arbeiterverbandes.

Ein amerikanischer Bluff.

() Newyork, 11. Febr. (Agence Havas.) Der zweite Vorsitzende des beratenden Marineausschusses, Saunders, erklärte in einer Rede, man habe ein Mittel gefunden, torpedierte Schiffe unversenkbar zu machen.

Diese Erfindung ist merkwürdig schnell, wohl 24 Stunden nach der Versenkung der „Tuskania" gemacht worden.

Einbrecher.

() Berlin, 12. Febr. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in eine Zollabfertigungsstelle in Köln ein und entwendeten, wie dem „Berl. Lokalanz." gemeldet wird, Wertpapiere und Bargeld im Betrage von mehr als 250 000 Mark. Im November vorigen Jahres wurden in demselben Zollgebäude 45 000 ℳ gestohlen.

Die preußische Wahlrechtsfrage.

WTB. Berlin, 11. Febr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Aus Anlaß einer Unterredung, zu der der Reichskanzler und Ministerpräsident den Herrn Präsidenten des Abgeordnetenhauses hatte bitten lassen, machte er dem letzteren u. a. folgende Mitteilungen: ihm, dem Ministerpräsidenten, sei in letzter Zeit von verschiedenen Seiten, auch in der Presse, unterstellt worden, daß er nicht weiter mit der gleichen Entschiedenheit wie bei seinem Amtsantritt für die Wahlreform eintrete. Er müsse diese Unterstellung mit aller Schärfe zurückweisen, denn er habe sein Wort gegeben, für die Wahlreform einzutreten, und er werde dieses Wort halten. Er erkenne zwar durchaus an, daß eine für die Zukunft Preußens und des Reiches so entscheidende und bedeutungsvolle Vorlage, wie es die preußische Wahlreform sei, eine sehr gründliche und eingehende Durchberatung erfordere, und daher nicht in kurzer Frist erledigt werden könne, aber er müsse Wert darauf legen, keinen Zweifel an seinem unveränderten Willen aufkommen zu lassen, die Reform mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zustande zu bringen.

Die Opposition der österreichischen Polen.

(!) Wien, 11. Febr. (Priv.-Tel.) Die „Polnischen Nachrichten" melden: Das Präsidium des Polenklubs, bestehend aus dem Obmann Götz und den Obmannstellvertretern Kendzier, German und Lysocki erschien gestern vormittag beim Ministerpräsidenten v. Seidler und teilte ihm mit, daß angesichts der Veröffentlichung des Friedensvertrages mit der ukrainischen Volksrepublik viele von römisch-katholisch polnischer Bevölkerung in überwiegender Mehrheit bewohnte Gebiete von Kongreßpolen zugunsten der Ukraine abgetrennt wurden, der ganze Polenklub sich gezwungen sehe, sowohl im Reichsrat als auch in der österreichischen Delegation zu schärfster Opposition überzugehen.

Eine Deputation aus der Dobrudscha.

* Berlin, 12. Febr. Einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus Wien zufolge wird aus Sofia berichtet, daß eine Deputation aus der Dobrudscha, die vom Kronprinz Boris und dem Gesandten Oesterreich-Ungarns und Deutschlands empfangen wurde, sich nach Berlin und Wien begibt, um ein Memorandum über den Anschluß der Dobrudscha an Bulgarien zu überreichen.

Die Lage in Petersburg.

WTB. Stockholm, 9. Febr. In der Nacht zum 7. Febr drangen Bewaffnete in die Auferstehungskirche in Petersburg und plünderten. Sie wurden durch lettische Schützen überrascht und flohen nach heftigem Kampfe. In vielen Stadtteilen fanden Plünderungen von Geschäften und Weinlagern statt. Auf der Mytninsteystraße wurde ein zwecklos mit dem Revolver um sich schießender Soldat gelyncht

„Die knöcherne Hand des Hungers".

WTB. Berlin, 10. Febr. Der Rat der Volkskommissäre in Petersburg hat durch seinen Vorsitzenden Lenin folgenden Befehl an die Kreisstäbe und die Eisenbahnausschüsse erlassen: Es sind die entschiedensten Maßnahmen dazu zu treffen, daß nicht ein einziger Gefangener oder Flüchtling sich nach Petersburg oder das hungernde nördliche Gebiet wendet. Wir machen im voraus darauf aufmerksam, daß wir keinerlei Kriegsgefangenen oder Flüchtlingen Brot geben, und daß diese daher zum Hungertode verurteilt sind. Sie sind nur nach den mit Getreide versehenen Gouvernements zu leiten. Setzt Euch unbarmherzig mit den Provokatoren auseinander, die darnach trachten, die hungernden Gouvernements mit überflüssigen Mäulern zu überfluten und darauf rechnen, die Revolution mit der knöchernen Hand des Hungers zu ersticken. Glaubt nicht den versandten provokatorischen Telegrammen, die die Kriegsgefangenen nach Petersburg leiten. Die Lösung ist: Kein einziger Ueberflüssiger soll in den hungernden Gouvernements sein.

Ereignisse zur See.

WTB. Bern, 11. Febr. Lyoner Blätter melden zur Versenkung des italienischen Dampfers „Duca di Genova": Das U-Boot hatte ungefähr 1000 Meilen von der Küste entfernt gegenüber dem Leuchtturm Canet das Schiff torpediert. Der Torpedo drang in den Maschinenraum ein. Der Dampfer gab drei Kanonenschüsse auf das U-Boot ab, ohne zu treffen. 140 Ueberlebende wurden in einem spanischen Hafen ausgeschifft. Es gab mehrere Tote und Verwundete.

Amerikanische Waren im Hafen von Murman.

WTB. Stockholm, 11. Febr. Nach einer in Petersburg eingetroffenen Meldung sollen im Hafen von Murman seit September vorigen Jahres Millionen von Gamaschen, Zehntausende von Paar Schuhen und Hunderttausende Pud Mehl unter freiem Himmel ohne jeglichen Schutz lagern. Die Vorräte sollen aus Amerika stammen. Nach Bekanntwerden dieses soll die Regierung das Zentralkomitee der baltischen Flotte um tunlichst baldige Sendung der Vorräte gebeten haben, da infolge großen Schuhmangels in der Flotte ein großer Teil der Matrosen fast barfuß gehe. Außerdem sei eine Brotkrisis unmittelbar bevorstehend. Im Verpflegungsmagazin im Hafen von Sweaborg soll Mehl nur noch für fünf Tage vorhanden sein.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

7. Febr.: Günther Werner Erhard, V. Louis Meinecke, Unterzahlmeister. — 9. Febr.: Gertrud, V. Abraham Elias Leikin, Schuhmacher; Max Otto Jakob und Berthold, Zwill., V. Matthias Kopp, Malermeister. — 10. Febr.: Ilse Johanna Martha, V. Otto Ulmer, Postassistent.

Todesfälle.

8. Febr.: Karl Riether, Schneider, Ehemann, 56 J. — 9. Febr.: Adolf August Linde, Kaiserl. Rechnungsrat a. D., Ehemann, 75 J.; Jakob Diem, Taglöhner, Witwer, 57 J. — 10. Febr.: Adolf Gustav Huber, Kaufmann, Ehemann, 57 J.; Friedrich Siebach, Monteur, Ehemann, 54 J.; Josef Ochs, Fabrikarbeiter, ledig, 70 J.; Emma Bruchof, 58 J., Ehefrau von Johann Bruchof, Techniker. — 11. Febr.: Wilhelmine Kramer, 77 J., Witwe von Georg Kramer, Rechnungssteller; Karl Lamm, Pförtner, Ehemann, 87 J.

Tierschutzverein

Karlsruhe.

Die 42. ordentliche

Hauptversammlung

des Tierschutzvereins Karlsruhe findet am

Mittwoch, den 13. Februar d. J., abends 8½ Uhr

im Nebenzimmer des Gasthauses zu den **„Vier Jahreszeiten“**, Hebelstrasse 21, statt, mit folgender

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Berichts des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins.
2. Bericht des Rechners über die Jahresrechnung.
3. Entlastung des Vereinsvorstandes und des Rechners für die Jahresrechnung auf Grund des Berichts der Rechnungsprüfer.
4. Wahl des Vorstandes.
5. Wahl zweier Rechnungsprüfer.
6. Anträge und Wünsche.

Wir laden unsere Mitglieder und die Freunde des Tierschutzes hierzu herzlichst ein. 1011

Karlsruhe, den 18. Januar 1918.

Der Vorstand.

Gesucht

ein Kochfräulein

dem Gelegenheit gegeben ist, das Kochen zu erlernen; eine

perfekte Büffettdame

— auf sofort. —

E. Kistner

„Zum Paulaner“ (Feldherrnhalle)

Kaiserstraße 219. 1181

Gesucht

für unsere Zentrale ein zuverlässiger 1175

Maschinist

(gelernter **Schlosser** oder **Elektrotechniker**) zum sofortigen Eintritt. Angebote an

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe (Baden).

Gesucht

für dauernde Stellung tüchtiger, zuverlässiger und selbständiger

Elektromonteur

für Reparaturen an elektrischer Gleichstrom-Anlage. Angebote mit Angabe des Lohnes und der frühesten Eintrittzeit an 1176

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe (Baden).

Gesucht

für dauernde Stellung tüchtige, zuverlässige und selbständige 1177

Maschinen-Schlosser

für Reparaturen an maschinellen und elektrischen Anlagen. Angebote mit Angabe des Lohnes und der frühesten Eintrittszeit an

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe (Baden).

Straßen- u. Fabrik-

Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang

Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück **4.80 Mk.** exkl.

Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004

Besen- u. Bürsten-Industrie

Celle i. H. 350 Arbeiter.

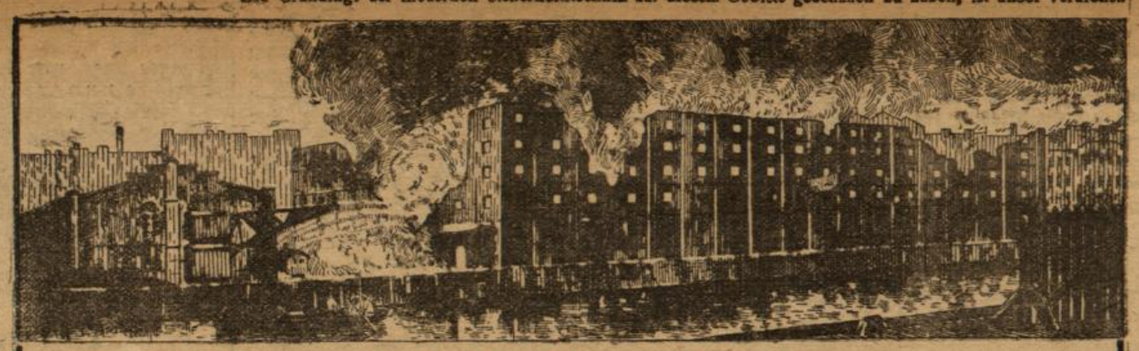
Vertreter und Händler

überall gesucht.

Guterhaltene LAUTE

zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 7012 an die Geschäftsstelle der Bad. Ldsztg.

Die Grundlage der modernen Sicherheitstechnik auf diesem Gebiete geschaffen zu haben, ist unser Verdienst.



120 000 Liter Benzin

im brennenden Automobilbahnhof der Allg. Berliner Omnibus-A.-G. dank der Sicherheitsanlage M. & H. vor Explosion u. Verbrennung geschützt

Fliegergefahr

nötigt zur zuverlässigsten Sicherung aller Vorräte an

feuergefährlichen Flüssigkeiten

wie sie allein durch das bei schweren Brandkatastrophen vielfach bewährte System „Martini–Hüneke“ geboten wird.

Martini & Hüneke Maschinenbau-Akt.-Ges. Berlin SW

Zweiggesellschaften: Wien, Budapest, Mailand, Paris, Warschau, Amsterdam, New York

8004

Laubstammholz-Verkauf

Großh. Forstamts Rheinbischofsheim

im Wege des schriftlichen Angebots auf dem Stock aus Domänenwaldbistrikt I Struth, IV Abtsmoor, VII Hinterwörth. Geschlossene Angebote mit Aufschrift: „Gebot auf Laubnutzholz“ für jede Holzart und jede Klasse auf den Festmeter nur in ganzen oder zehntel Mark bis **Montag, den 18. Februar 1918, vormittags 9 Uhr.** Eröffnung 10 Uhr im Dienstzimmer.

Losverzeichnisse und Vordrucke für Angebote durch das Forstamt. Geschätzte Masse: Eich. I. bis V. 90 Fstm., Esch. IV./VI. 25 Fstm., Erl. III./V. 35 Fstm.

Einreichung des Angebots gilt als Annahme der Bedingungen.

Vorzeiger des Holzes für I Dom.-Waldh. Klotter, Muckenschopf, IV Dom.-Waldh. Meier, Oberbruch, VII Forstwart Lasch, Freistett.

Lustige Blätter

Durch wundervolle Bilder und packenden Text

das humoristische Leibblatt

aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!

Feldpost- und Probe-Abonnements monatlich nur Mark 1.60. bei allen Buchhandlungen u. Postanstalten.

Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Gerber & Schawinsky

Kunsthandlung u. Kunstgewerbehaus

Kaiserstr. 229, Eing. Kaiserstr., Fernspr. 2041

Auswahl in gerahmten Bildern und verschiedenen Blättern, Keramiken, Plastiken.

Original-Radierungen **Original-Gemälde**

Künstler-Spielzeuge usw.

1073

Das städtische

Kurhaus Herrenalb (Schwarzwald)

Sanatorium für innere Krankheiten

ist ab Februar 8005

wieder eröffnet.

Soeben erschien:

Ansprache

Seiner Großh. Hoheit des

Prinzen Maximilian von Baden

in der

öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer

am 14. Dezember 1917.

Preis 25 Pfg.

Die Rede des Prinzen Max, die seinerzeit so viel Beachtung und Widerhall in allen Zeitungen fand, erscheint, durch die große Nachfrage veranlaßt, als Sonderdruck aus den Landtagsberichten im **Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei** hier. Prinz Max gibt einen klaren Ueberblick über die gegenwärtige Lage und über die Anfänge und Ursachen des Krieges und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist also hiermit weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dieser warmen, ehrlichen Worte des Prinzen Max zu erfreuen, und es ist zu wünschen, daß seine bemerkenswerte Rede in recht viele Hände kommen möge.

Zu beziehen auch von der

Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung“,

Karlsruhe, Hirschstraße 9

(bei unseren Trägerinnen erhältlich).

Pensionat

mit 20 vollständigen Betten, sowie dazu gehörige Möbel u. ca. 3 Morgen Land krankheitshalber zu **verkaufen.**

Nähere Auskunft erteilt 7004

Heinrich Schnell, Agent

Michelstadt i. O.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Dienstag, den 12. Februar, A 34 (rote Karten):

Die Gärtnerin aus Liebe.

Anfang 7 Uhr. Ende nach ¾10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus,

Dienstag, den 12. Januar.

29. Sondervorstellung des Großh. Hoftheaters.

Im weißen Rößl.

Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Städt. Arbeitsamt

Gesucht werden

Köchinnen für Privat

Mädchen für alles

Mädchen z. Anlernen

sowie

Stundenfrauen

für häusliche Arbeiten

für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle

Karlsruhe

Zähringerstr. 100, II. Stock.

Die Städt. Brockensammlung

Baumeisterstr. 32

— Hinterhaus —

nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel 2c. entgegen.

61

Billig zu verkaufen:

Pack- und Brief-

Siegellack

1169

extra gute Ware à Pfd. Mk. 3.50, feinste Cedernholz-Bleistifte à Dtzd. Mk. 1.80. Feinstes Bleigummi 12 Stck. Mk. 4.50.

Martin Hoffmann,

Frankfurt a. M., Spohrstraße 37.

Kunsthandlung

SCHWARZ

Kaiserstr. 225

Oelgemälde

Karlsruher Künstler. 1081

Gute Leipziger

Pelze

Die noch vorhandene grosse Auswahl

ganz extra billig!

Besondere Gelegenheit

Ein Posten außergewöhnlich preiswerte

„Alaska“

„Fuchs“-Pelze

Nur

Karl-Friedrichstr. 6

1. Treppe

(neben Fa. Spiegel & Wels)

K. Schorpp. 1170

Gurte und Bindfaden

alle Sorten (kein Papier) **kaufe jeden Posten,** soweit nicht beschlagnahmt. Bemusterte Anstellung mit Preisangabe. 8167

J. Danziger, Berlin

Junkerstr. 19.

Gleise,

Kippwagen, Weichen, Lokomotiven usw.

kaufen stets gegen sofortige Barzahlung in belieb. Mengen

Gebrüder Eichelgrün

Straßburg i. Els. *2505

Es ist ratsam,

die ältesten Pelze u. Muffe reparieren u. ändern zu lassen. Tadellose u. billige Ausführung Douglasstr. 8, part. 1095

Darlehen

gewähre in jeder Höhe solventen Personen. Ia. Referenzen. **Ad. Fritz, Hamburg 24.** 1504